

Stellungnahme der GLB, Stadtverordnetenversammlung 13.9.12, von Wolfram Fendler, zum Antrag der SPD, BfB und FDP gegen Biogasanlagen:

Sehr verehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren:

Die SPD, BfB und FDP Fraktionen fordern in Ihrem Antrag eine grundsätzliche Ablehnung der Beteiligung an Biogasanlagen. Sie behaupten generell, dass Biogasanlagen zur Verknappung der verfügbaren Flächen für den Lebensmittelanbau beitragen.

Wie vielleicht einigen von Ihnen bekannt, plant der ZAKB den Biomülltourismus nach Thüringen zu beenden und den im Kreis eingesammelten Biomüll stattdessen in einer lokalen Biogasanlage in Strom und Wärme zu verwerten.

Ein offensichtlich sinnvolles Vorhaben. Es spart den CO₂-Ausstoß beim Transport, ermöglicht die Erzeugung von Energie und beeinträchtigt die Lebensmittelproduktion in keiner Weise.

Wenn wir den vorliegenden Antrag heute beschließen würden, müsste sich die Stadt Bensheim im ZAKB dafür einsetzen, dass die Pläne zum Bau dieser sinnvollen Anlage aufgegeben werden.

Meine Damen und Herren von SPD, BfB und FDP, Sie machen es sich mit Ihrem Antrag zu einfach. Biogasanlage ist nicht gleich Biogasanlage, da muss man genauer hinschauen.

Biogasanlagen, die nur Rest- und Abfallstoffe verarbeitet, aber auch Biogasanlagen, die Rohstoffe nutzen, die auf Flächen angebaut werden, die andernfalls nicht für die Lebensmittelproduktion genutzt würden, wie das typischerweise z.B. bei Wald der Fall ist, stehen nicht in Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion.

Wir werden Ihren Antrag daher ablehnen.

Wir erwarten von den Vertretern der Stadt Bensheim, dass sie in jedem einzelnen Fall genau prüfen, ob ein Biogasprojekt mit der Erzeugung von Lebensmitteln konkurriert oder nicht, genau wie wir eine sorgfältige Prüfung erwarten, ob es mit Naturschutzbelangen vereinbar ist.

Die Erzeugung von Biogas ist nicht die wesentliche Form der Energiegewinnung aus pflanzlichen Rohstoffen, die mit der Erzeugung von Lebensmitteln konkurriert.

Anfang 2008 warnte das [Welternährungsprogramm](#) der vereinten Nationen, dass die Biotreibstoffproduktion, die steigende Nachfrage nach Futtermitteln für die Fleischproduktion und Ernteauffälle infolge des [Klimawandels](#) zu steigenden Nahrungsmittelpreisen und mehr Hunger führten.

Bereits am 12. Juni 2008 hat die GLB eine Veranstaltung durchgeführt unter dem Titel „Tank oder Teller? - Möglichkeiten und Gefahren der Nutzung nachwachsender Rohstoffe zur Energieerzeugung“.

Schon damals haben wir uns mit der Frage auseinandergesetzt, die Sie heute aufwerfen.

In zunehmendem Maße werden landwirtschaftliche Produkte wie Zuckerrohr, Weizen, Mais, Raps und anderes angebaut, um daraus Treibstoff zu erzeugen.

Diese Produktion konkurriert tatsächlich in jedem Fall und im großen Maßstab mit der Produktion von Lebensmitteln. Sie führt zudem dazu, dass Regenwald gerodet wird, um Energiepflanzen anzubauen, was den scheinbar positiven Effekt hinsichtlich des Klimaschutzes in sein Gegenteil verkehrt.

Nicht übersehen darf man auch, dass der Anteil des Fleisches an der menschlichen Ernährung weltweit steigt. Auch dies trägt zur globalen Verknappung von pflanzlichen Lebensmitteln bei, da sie als Tierfutter verwendet werden, statt direkt der menschlichen Ernährung zu dienen.

Darüber hinaus hat der aufgrund steigendem Verbrauchs und beschränkter Ressourcen schnell steigende Ölpreis Einfluss auf die Lebensmittelpreise, denn neben Land werden auch Energie und Treibstoff für die Lebensmittelproduktion benötigt.

Diese Entwicklungen sind neben dem Klimawandel die hauptsächlichen, menschengemachten Faktoren, die zum langfristigen Anstieg der Lebensmittelpreise führen.

Zusammenfassend ist festzustellen:

Biogasanlagen, sind demgegenüber von geringer Bedeutung. Für sie gilt:

Biogasanlagen, die nicht mit der Nahrungsmittelproduktion konkurrieren, sind ein kleiner Beitrag zur Lösung des Problems, Biogasanlagen, die mit der Lebensmittelproduktion konkurrieren, wirken problemverschärfend.

Die wesentlichen Maßnahmen, um dem Anstieg der Lebensmittelpreise entgegenzuwirken sind:

1. Der Verzicht auf Biotreibstoff und die Aufhebung der Beimischungspflicht,
2. Die Verringerung des Ölverbrauchs durch Verkehrsverlagerung und Wärmedämmung, um den Ölpreisanstieg zu dämpfen und den CO₂-Ausstoß zu verringern,
3. Das Vorantreiben der Energiewende,
4. Initiativen zur Verringerung des Fleischkonsums.

Vorschläge dies auf lokaler Ebene konkret voranzubringen, werden wir unterstützen.